

Antrag

der Abgeordneten Dr. Waigel, Dr. Schwarz-Schilling, Wissmann, Glos, Dr. Warnke, Dr. Lammert, Dr. Freiherr Spies von Büllesheim, Kraus, Helmrich, Echternach, Spilker und Genossen und der Fraktion der CDU/CSU

Strukturberichterstattung

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird ersucht, das Konzept der Strukturberichterstattung unter Berücksichtigung der äußerst begrenzten Haushaltsspielräume des Bundes zu straffen. Dabei sollte insbesondere sichergestellt werden,

- daß die nächsten Berichte nicht vor Ende 1985 vorgelegt werden, um den Instituten die Erarbeitung tatsächlich neuer Ergebnisse auf der Grundlage einer aktualisierten Datenbasis zu ermöglichen,
- daß bei der Weiterentwicklung der Strukturberichterstattung von der Erhebung neuer bzw. der Ausweitung bestehender Bundesstatistiken abgesehen und damit eine weitere Belastung der Wirtschaft durch Statistikkosten vermieden wird,
- daß die Institute den gesamtwirtschaftlichen und den sektoralen Auswirkungen der Strukturpolitik des Bundes eine größere Bedeutung einräumen als bei der Erstellung der bislang vorliegenden Zwischen- und Hauptberichte,
- daß die Weiterentwicklung der Strukturberichterstattung auf die Erstellung von ex-post-Analysen beschränkt und auf die Erstellung weder theoretisch noch empirisch hinreichend gesicherter amtlicher Sektorenprognosen verzichtet wird und
- daß die Weiterentwicklung der Strukturberichterstattung nicht in eine Institutionalisierung neuer Sachverständigengremien zur Strukturpolitik mündet.

Bonn, den 16. Oktober 1981

Unterschriften und Begründung umseitig

Dr. Waigel
Dr. Schwarz-Schilling
Wissmann
Glos
Dr. Warnke
Dr. Lammert
Dr. Freiherr Spies von Büllenheim
Kraus
Helmrich
Echternach
Spilker

Dr. Dollinger
Frau Geiger
Dr. George
Kittelmann
Dr. Kunz (Weiden)
Lampersbach
Landré
Dr. Laufs
Röhner
Dr. Kohl, Dr. Zimmermann und Fraktion

Begründung

Die Analyse des Strukturwandels der deutschen Wirtschaft durch die Wirtschaftsforschungsinstitute im Rahmen der sog. Strukturberichterstattung bietet neben bereits seit langem bekannten Erklärungsansätzen auch eine Fülle von wirtschaftspolitisch interessanten Einzelpunkten. Grundlegende neue Erkenntnisse über die Ursachen des Strukturwandels und dessen wechselseitigen Zusammenhang mit dem Wachstumsprozeß sind in den Berichten – wie nicht anders zu erwarten war – nicht enthalten; neben der teilweise veralteten Datenbasis macht sich hier vor allem das Defizit einer empirisch hinreichend überprüften wirtschaftswissenschaftlichen Theorie des Strukturwandels bemerkbar.

Die Strukturberichterstattung stellt den wissenschaftlich anspruchsvollsten und teuersten Forschungsauftrag dar, den das Bundeswirtschaftsministerium bislang vergeben hat. Nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt der äußerst begrenzten finanziellen Handlungsspielräume des Bundes empfiehlt sich eine Straffung des Konzepts der Strukturberichterstattung bei gleichzeitiger Sicherstellung einer stärkeren Berücksichtigung der konkreten Strukturpolitik des Bundes.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekräftigt ihre wiederholt zum Ausdruck gebrachte Ablehnung jeglicher Bestrebungen, die einen Ausbau der ex-post-Strukturanalyse in ein Instrument zur amtlichen Strukturprognose zum Ziel haben. Amtliche Branchenprognosen und staatlich festgelegte Strukturziele würden unweigerlich zu einer staatlichen Strukturplanung in Verbindung mit einer direkten administrativen Investitionslenkung und damit zu einer grundlegenden Außerkraftsetzung marktwirtschaftlicher Steuerungsprinzipien führen.

Die CDU/CSU-Fraktion betont, daß die Bewältigung des Strukturwandels in erster Linie Sache der betroffenen Unternehmen ist; die staatliche Strukturpolitik hat sich demgegenüber auf die Schaffung von den Strukturwandel positiv beeinflussenden Rahmenbedingungen sowie auf den Abbau von den Strukturwandel hemmenden Faktoren zu beschränken. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verweist auf die Große Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur „Sektoralen Strukturpolitik“ (Drucksache 8/1607), auf die Ausführungen des Bundesfinanzministers bei der Einbringung des Bundeshaushalts 1981 sowie auf die Tzz 38 ff. des Jahreswirtschaftsberichts 1981.